

Es gilt das gesprochene Wort

TOP 37 – Bleiberechtsregelung für langjährig
Geduldete

Dazu sagt die Fraktionsvorsitzende
von Bündnis 90/Die Grünen,

Anne Lütkes:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 042.06 / 26.01.06

Ein Armutszeugnis für Deutschland, aber ein Lob für Schleswig-Holstein

Menschen ohne festen Aufenthaltstitel, die sogenannten Geduldeten, müssen jeden Tag damit rechnen, abgeschoben zu werden. Oft geschieht dies am frühen Morgen, nur wenige Stunden liegen zwischen dem Klingeln an der Wohnungstür und dem Betreten des Flugzeugs. Lebensplanung kann nur von Tag zu Tag vorgenommen werden – und das, obwohl die meisten von ihnen bereits seit über einem Jahrzehnt in Deutschland leben.

Es ist schwer vorstellbar, wie viel Kraft es allein dazu braucht, in dieser Lage den Alltag zu bewältigen. Manche Menschen haben diese Kraft. Selbst wer es schafft, damit klar zu kommen, hat kaum noch Energiekapazitäten für eine aktives Bemühen um Integration, wie zum Beispiel die Suche nach einem Arbeitsplatz – wenn es denn ausnahmsweise einmal die Möglichkeit einer legalen Arbeitsaufnahme gibt.

Und doch schaffen es viele Kinder und Jugendlichen, sich im Rahmen von Schule, Berufsausbildung, Freizeitgestaltung zu integrieren. Sie kennen das Ursprungsland ihrer Eltern oft kaum und sind faktisch zu InländerInnen geworden.

Trotz Zuwanderungsgesetzes, trotz diverser Beratungen auf der Innenministerkonferenz ist es nicht gelungen, bundesweit eine verbindliche Aufenthaltsregelung für diese Mitmenschen zu finden. Ein Armutszeugnis für Deutschland.

1/2



Wir danken dem Innenminister, dass er sich aktiv um eine bundesrechtliche Lösung für Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus ebenso einsetzt wie um die Ausschöpfung der vorhandenen Möglichkeiten des Aufenthaltsgesetzes. Wir unterstützen ihn ausdrücklich in seinem Bemühen, den Aufenthaltstitel nicht an ein Beschäftigungsverhältnis zu knüpfen. Diese Voraussetzungen würden die Bemühungen zu einer Farce werden lassen, weil ein Beschäftigungsverhältnis so gut wie unmöglich zu bekommen ist.

Ich bin auch sehr froh, dass Herr Minister Stegner bei der vereinbarten Evaluierung des Zuwanderungsgesetzes mit am Tisch sitzt. Es fällt mir allerdings schwer, an die Aussicht auf eine wirkliche Verbesserung zu glauben. Das bestehende Zuwanderungsgesetz ist von einer Koalition der Großen geschmiedet worden.

Um allen Ressentiments gerecht zu werden, wurde faktisch ein Zuwanderungsverhinderungsgesetz geschaffen. Das bestätigt die Erfahrung nach einem Jahr. Gerade mal 900 Fachkräfte „verirrten“ sich 2005 nach Deutschland – weniger als zu Zeiten der sogenannten Green-Card-Regelung. Zuwanderung wird zwar von allen gesellschaftlichen Kräften als notwendig angesehen, findet aber nicht statt.

Und das wundert auch kaum. Stellen Sie sich doch einmal vor, sie wären eine auswanderungswillige Fachkraft in einem außereuropäischen Land. Würden sie sich für ein Auswanderungsziel entscheiden, in dem der Grundtenor der Zuwanderungsdebatte von Abwehrhaltung geprägt ist?

Würden Sie sich für ein Land entscheiden, das vorgibt, Integrationswillige willkommen zu heißen, sich dann aber weigert, jungen Menschen, die - wie die meisten langjährig geduldeten - längst integriert sind, eine verlässliche Perspektive zu geben, und sie sogar bei Nacht und Nebel rausschmeißt. Oder stellen sie sich vor, sie würden einen Standort für die Ansiedlung einer technologischen Produktionsanlage suchen. Würden Sie ein Land wählen, das es ihnen so schwer wie möglich macht, ihr Leitungspersonal mitzubringen?

Ich bin froh, dass unser Innenminister sich einer rationalen und humanitären Zuwanderungspolitik verpflichtet sieht und sich für eine vernünftige Bleiberechtsregelung einsetzt.

Ich habe allerdings kein Verständnis für die Ausweitung der Asylbewerber und eben auch Ausreisepflichtige in Gemeinschaftsunterkünften. Eine Abschiebung durch Rausmobben zu ersetzen, ist nicht die Lösung.
